

DAMIT ÖSTERREICH LEBENDIG BLEIBT

WAS UNSERE DEMOKRATIE JETZT BRAUCHT

#demokratielebt



Inhalt

I. VORWORT

II. DIE DEMOKRATIE BRAUCHT UNS

Unsere Demokratie in Bedrängnis

III. DIE LEBENSADERN EINER DEMOKRATIE

1. Demokratie lebt vom Einsatz aller
 2. Demokratie braucht soziale Sicherheit
 3. Demokratie braucht eine faire Wirtschaft
 4. Demokratie heißt mitgestalten können
 5. Demokratie schützt alle gleich
 6. Demokratie braucht unabhängige Information
 7. Demokratie braucht Geschlechtergerechtigkeit
-

IV. HANDELN FÜR EINE LEBENDIGE DEMOKRATIE

Was du jetzt tun kannst

I

Vorwort

Weltweit geraten Demokratien unter Druck. Die großen Umwälzungen unserer Zeit verunsichern viele. Populistische und autoritäre Kräfte unterschiedlicher Herkunft sehen ihre Stunde gekommen. Auch Österreich ist von diesen Entwicklungen nicht ausgenommen.

Gleichzeitig zeigt eine Fülle von Aktivitäten und Projekten im ganzen Land eindrucksvoll: Die österreichische Demokratie ist lebendig und vielfältig – und zigtausende Menschen engagieren sich dafür, dass das so bleibt und unsere Demokratie noch lebendiger wird. Sie geben mit ihrer Arbeit Mut und Zuversicht in Zeiten der Verunsicherung und zeigen, was möglich ist, wenn man aktiv wird.

So entstand im Rahmen des „Solidaritätspaktes“ – einer breiten Vernetzung von NGOs, Gewerkschaften, Bürger*inneninitiativen und sozialen Bewegungen – die Idee zu dieser Publikation. Damit machen wir sichtbar: Das braucht unsere Demokratie, damit sie lebendig bleibt.

Die vorgestellten Menschen und Initiativen sind gelebte Beispiele dafür und geben Einblick in unser Demokratieverständnis. Nicht alle sind Mitglieder des zivilgesellschaftlichen Solidaritätspaktes. Was jedoch allen gemeinsam ist: Sie erinnern uns daran, dass unsere Demokratie und unsere Zukunft gestaltbar sind – wir müssen es nur tun. Wir wünschen eine anregende Lektüre!

Die Redaktion

II

Die
Demokratie
braucht uns

UNSERE DEMOKRATIE IN BEDRÄNGNIS

Gutes Zusammenleben in Österreich

Seit sieben Jahrzehnten leben wir in Österreich friedlich zusammen. Nach zwei Weltkriegen haben die Menschen, die hier leben, mit dem politischen Einsatz vieler eine lebendige Demokratie geschaffen. Engagierte Auseinandersetzungen und verschiedene Formen von Widerstand sind dabei ein selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft. Wir äußern unterschiedliche Meinungen und Interessen öffentlich. Wir formulieren Kritik, entwickeln Alternativen und gehen z.B. dafür auf die Straße und organisieren Bürger*inneninitiativen. Wir setzen uns für mehr Umweltschutz, Kindergärten, die Achtung unserer Grundrechte und vieles mehr ein.

Gemeinsame Lösungen sind gute Lösungen

Wir haben verstanden, dass ein offener Umgang mit Interessensgegensätzen und das aktive Ausräumen von Konflikten unsere Demokratie weiterbringt. Denn nur wenn alle Konfliktparteien und die Interessengruppen auf Augenhöhe miteinander reden können, finden wir verlässlich einen Kompromiss. Trotz gegensätzlichen Interessen und Meinungsunterschieden schaffen wir stabile Lösungen für die ganze Gesellschaft. So konnten wir eine Gesellschaft entwickeln, in der alle ihre Meinung sagen können und verschiedene Themen von Löhnen über Umweltschutz bis hin zu Bildung respektvoll diskutiert werden.

Mitbestimmung wird eingeschränkt

Seit einigen Jahren jedoch werden demokratische Lösungen zunehmend erschwert. Regierungen wenden unserer Kultur der guten Zusammenarbeit immer öfter den Rücken zu. Sie schränken Mitsprache und Bürger*innenbeteiligung auf den unterschiedlichsten Ebenen ein – etwa beim Schutz der Umwelt und Gesundheit, am Arbeitsplatz oder bei der Sozialversicherung. Gesetze werden immer öfter im Schnellverfahren durchgesetzt. Sogar die Beschneidung der Grundrechte steht im Raum und die Rechte geflüchteter Menschen werden zum Teil gezielt missachtet. Die Macht in Politik und Wirtschaft konzentriert sich in den Händen von immer weniger Menschen.

Nur noch wenige finden Gehör

Die Ideen und Einwände von allen, die hier leben, von Sozialpartner*innen, NGOs, aber auch Behörden finden so immer weniger Eingang in Gesetze und Maßnahmen. Wenn Journalist*innen zu wenig Informationen und Interviews bekommen, können sie die Meinungsvielfalt nicht abbilden. Ohne lebendige öffentliche Diskussion kommen der Ausgleich verschiedener Interessen und die Bürger*innenbeteiligung viel zu kurz. Wenn die Sozialpartnerschaft zurückgedrängt wird und die Interessen der Arbeitnehmer*innen ignoriert werden, ist der soziale Frieden in Gefahr. Je weniger Gehör Menschen finden, desto eher entladen sich Kritik und Wut destruktiv und gegen einzelne

Menschengruppen gerichtet. Das gefährdet das gute Zusammenleben.

Engagement wird heruntergemacht

Wer unter diesen Bedingungen Haltung beweist und sich weiterhin für die Gemeinschaft einsetzt, wird abgewertet, finanziell ausgehungert oder erntet Unverständnis und Spott. Schüler*innen, Arbeitnehmer*innen, Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen, Frauen, Familien, ganze Berufsstände sind davon betroffen. Bei Gesetzesvorhaben und im politischen Austausch gilt: Obwohl es um Dinge geht, die viele direkt betreffen, werden viele Organisationen und Personen nicht länger gehört und an den Rand gedrängt.

Es ist jetzt Zeit zu handeln

Wenn wir auch morgen in einer lebendigen Demokratie aufwachen wollen, müssen wir jetzt handeln. Zusätzlich stehen wir vor riesigen Herausforderungen, die nur gelöst werden können, wenn möglichst viele mitdenken, mitreden und mitentscheiden. Dazu zählen unter anderem gefährliche Klimaveränderungen, die immer weiter auseinanderklaffende Schere zwischen Arm und Reich und die rasch vorangetriebene Digitalisierung. Wir müssen jetzt gemeinsam und rasch die Art und Weise, wie wir leben und wirtschaften, neu gestalten. Nur so können wir für unsere Kinder und Enkelkinder eine lebenswerte Zukunft und ein gutes Leben für alle sichern. Denn nur, wenn Mensch und Umwelt mehr zählen als Investor*innen- und Profitinteressen, können wir in Wohlstand und Frieden zusammenleben.

Wir können das ...

Als Eltern, Kinder und Erwachsene und als Vertreter*innen von Arbeitnehmer*innen, NGOs und Religionsgemeinschaften gehen wir gesellschaftlichen Konflikten nicht aus dem Weg. Wir setzen uns für den Erhalt und die Weiterentwicklung unserer Demokratie ein. Wir wissen, wie man mit Gesprächsbereitschaft in allen Lebenssituationen und an allen Orten Ausgleich schafft. In Haushalten, Vereinen, unter Nachbar*innen und Kolleg*innen entwickeln wir neue Ideen, finden Lösungen und leben tagtäglich Zusammenhalt vor. Wir stehen auf, wenn es ungerecht zugeht. Wir machen uns stark für unsere gemeinsamen Interessen und einen demokratischen Staat, der die Bedürfnisse aller im Blick hat.

... und zeigen, wie!

Wir lernen an den konkreten und lebendigen Orten demokratischen Handelns – in Betrieben, Spitälern und Vereinen. Unser Engagement trägt das Land – egal wie stark der Wind uns dabei ins Gesicht bläst. Ob alt, jung, Stadt- oder Landmenschen: Für unsere Gesellschaft und eine lebendige Demokratie stehen wir jetzt zusammen. Die folgenden Seiten präsentieren dir unsere Demokratie von ihrer besten Seite und zeigen dir anschließend konkrete Handlungsmöglichkeiten und Ideen für deinen persönlichen Einsatz in Sachen lebendige Demokratie!

III

Die
Lebensadern
einer
Demokratie

1. Demokratie lebt vom Einsatz aller

Demokratie lebt von einem verlässlichen, respektvollen Miteinander. Dazu gehört, dass wir im Alltag füreinander sorgen und miteinander die Zukunft gestalten.

Viele von uns leisten einen Beitrag für ein lebenswertes Österreich

Ob als Betriebsrät*innen, bei der Pflege oder in der Freiwilligen Feuerwehr: Wir wenden viel Zeit und Geld für das Wohlergehen unserer Mitmenschen auf. Das soziale und politische Engagement gibt uns Halt. Gemeinsam erledigen wir notwendige Aufgaben – etwa in der Pflege – und schaffen auch langfristig Fakten: zum Beispiel im Kampf gegen die Atomkraft oder bei der Integration von Menschen, die Schutz suchen.

Wer unseren persönlichen Einsatz einschränkt, schadet der Demokratie

Österreich ist ein Land des Engagements. Der Einsatz vieler Menschen für die Gesellschaft schweißt uns zusammen. Dafür braucht es aber auch die nötigen Mittel. Es muss genügend Zeit, Raum und Geld da sein, damit wir uns füreinander starkmachen können. Auch der Respekt vor unserem Einsatz für Menschen in Notlagen und für gesellschaftliche Anliegen darf nicht fehlen. Wer etwa durch 12-Stunden-Tage

immer mehr und unregelmäßiger arbeiten muss, wird sich neben unbezahlter Betreuungs- und Hausarbeit, Job und Ausbildung immer weniger gut einbringen können. Budgetkürzungen von Seiten der Regierung entziehen gemeinschaftlichen Projekten und Vereinen außerdem die notwendigen Mittel, auch das erschwert unsere Anstrengungen füreinander und schadet letztlich uns allen.

Zusammen für eine bessere Zukunft

Unser Engagement für das Zusammenleben ist nötig wie noch nie: Einschnitte bei öffentlichen Leistungen und sozialen Rechten belasten uns im Alltag massiv. Zugleich betrifft die Digitalisierung alle Lebensbereiche von der Arbeitswelt bis zum öffentlichen Verkehr. Angesichts der gefährlichen Klimaveränderungen auf unserem Planeten müssen wir Wirtschaft und Gesellschaft grundsätzlich neu denken und verändern. Nur im ständigen Austausch mit unseren Mitmenschen finden wir gute Antworten auf diese Zukunftsfragen.





© GartenZauner

Ausbildung statt Abschiebung

Auch als Unternehmer habe er das Gefühl gehabt, etwas tun zu müssen, erzählt der Mühlviertler Landschaftsarchitekt Hans Zauner mit Erinnerung an das Jahr 2015, als die großen Fluchtbewegungen nach Europa stattfanden. Zauner gehört der zivilgesellschaftlichen Initiative „Ausbildung statt Abschiebung“ an, die von Unternehmen, Institutionen und engagierten Privatpersonen getragen wird.

Die Forderungen von „Ausbildung statt Abschiebung“ haben schon mehr als 60.000 Menschen, 1.200 Unternehmen und 114 österreichische Gemeinden unterzeichnet. Eine Lehre in Mangelberufen ist derzeit eine der ganz wenigen Beschäftigungsmöglichkeiten für Asylwerber*innen. Ziel der Initiative ist es, Abschiebungen während solcher Lehrzeiten zu verhindern.

Einer von Zauners Mitarbeiter*innen stammt aus dem Iran. Peyman Allahyari war wegen seines christlichen Glaubens in der Heimat nicht mehr gern gesehen. Nach der Flucht aus dem Iran hat Allahyari als Lehrling bei der Firma Zauner im oberösterreichischen Kleinzell begonnen. In der Zwischenzeit hat er die Ausbildung zum Landschaftsgärtner fast abgeschlossen und ist auch fertiger

Imker. Die Berufsschule besucht er blockweise und ist ansonsten vollständig in den Betrieb eingebunden. Seinem Chef war damals wichtig zu zeigen, „dass nicht alle so denken wie die Regierung“. Den Menschenrechtsanwalt Peyman Allahyari bezahlt das oberösterreichische Familienunternehmen selbst. Derzeit ist ungewiss, ob Peyman Allahyari in Österreich bleiben kann. Einmal wurde er von den Behörden schon abgelehnt, beim jetzigen Antrag auf Bleiberecht hoffen alle Betroffenen auf das Beste.

Die Zauners sind Branchenführer, was die Lehrlingsausbildung angeht. Acht ihrer dreißig Mitarbeiter*innen sind Lehrlinge und das Unternehmen ist für seine gute Nachwuchsarbeit mehrfach ausgezeichnet worden. Es sei ihm gar nicht um ein großes politisches Statement gegangen, sondern darum, einfach ein soziales und menschliches Zeichen zu setzen, erklärt Hans Zauner sein Engagement.

Die Gärten seiner Kund*innen konzipiert Zauner bis ins kleinste Detail – vom Gartenmöbel bis zur Pflasterung. Mit Peyman Allahyari an seiner Seite geht's dafür in fast alle österreichischen Bundesländer. Nur zu den Einsätzen jenseits der Grenze zu Deutschland kann Allahyari aus rechtlichen Gründen nicht mitkommen. Aber was nicht ist, kann ja noch werden.

Fridays For Future

Sie hätten keine Lust mehr gehabt, „einfach nur zuzuschauen“, während die Erwachsenen und ihre gewählten Vertreter*innen den Planeten kaputt machen, schallt es aus einer Gruppe protestierender Jugendlicher. Im Frühjahr haben sich auch in Österreich tausende Schüler*innen den internationalen Klimaprotesten „Fridays For Future“ angeschlossen.

In bis zu sieben Städten gleichzeitig finden die Klimastreiks statt – nicht überall an jedem Freitag, aber zumindest einmal im Monat ist man dabei. Zwischendurch gibt es eigene Treffen und Gruppen, die sich analog und online zusammenschließen, um die gemeinsamen Proteste zu organisieren. Das bedeutet: Demonstrationen anmelden, mit den Behörden kommunizieren, Schilder malen und auch mal genervten Fußgänger*innen kontern, denen die Aktionen der jungen Menschen gegen den Strich gehen.

Aber die Kids bleiben bei der Sache: immerhin haben sie einen Ruf zu verteidigen. Internationales Vorbild der Klimaschützer*innen ist die Schwedin Greta Thunberg. Sie hatte kurzerhand auf die Schule gepfiffen und sich nach Möglichkeit jeden Freitag vor das schwedische Parlament gesetzt, um ein Zeichen gegen die Zerstörung unseres gemeinsamen Lebensraumes zu setzen. Damit war der Grundstein für eine

internationale Bewegung geschaffen, die einen langen Atem beweist. Egal wie brutal die Anfeindungen, egal wie groß die Gegenwehr aus Politik und Öffentlichkeit: die Schüler*innen machen weiter.

Greta Thunberg fordert erhebliche weltweite Anstrengungen, um den Ausstoß von Treibhausgasen schnellstmöglich zu reduzieren. Von den Erwachsenen fordert Thunberg, dass sie sich an das Pariser Klimaschutzabkommen halten. Die reichen Länder sollen ihre Emissionen innerhalb der kommenden Jahre auf null reduzieren, damit ärmere Staaten die Chance haben, eine funktionierende Infrastruktur aufzubauen.

„Nachdem der damalige Bildungsminister Heinz Fassmann den Schüler*innen das Streiken per Erlass verboten hatte, haben wir einfach eine Bildungsveranstaltung bzw. Bildungskundgebung auf öffentlichen Plätzen organisiert“, erzählen die Aktivist*innen der Grazer Proteste. Das „streikende Klassenzimmer“ war geboren. Als „Lehrer*innen“ wurden Expert*innen wie der Klimaforscher Gottfried Kirchengast eingeladen. Und auch während seiner Schulstunde blieb das Motto: „Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut.“



2. Demokratie braucht soziale Sicherheit

Soziale Sicherheit ist eine Lebensader jeder lebendigen Demokratie. Wenn wir einander den materiellen Freiraum verschaffen, um unsere Talente und Stärken zu entdecken und leben zu können, gewinnen wir alle.

Ein gut ausgebauter Sozialstaat ermöglicht es vielen, sich zu beteiligen

Der österreichische Sozialstaat ist eine schätzenswerte Errungenschaft. Soziale Sicherheit gibt es in Österreich nur, weil wir unsere gemeinsamen Bedürfnisse und Rechte ernst nehmen: Sauberes Trinkwasser gehört ebenso dazu wie z.B. öffentliche Schulen, ein flächendeckendes Gesundheitssystem, Arbeitslosengeld und Pensionen. Diese öffentliche Versorgung bietet den nötigen Rahmen für ein Leben in Würde. Das ist die Grundlage für Freiheit und Entwicklung jeder und jedes Einzelnen.

Wer den Sozialstaat zerstört, schadet der Demokratie

Wenn die Abdeckung der lebensnotwendigen Bedürfnisse zur reinen Geldfrage wird, geht das auf Kosten von Sicherheit und Würde jedes einzelnen Menschen. Wenn Mindestsicherung und Notstandshilfe beschnitten werden, treibt das einen Keil in die Gesellschaft: Bildung und Gesundheit kosten ohnehin viel. Das wird spürbar,

wenn etwa Schulschikurse anstehen oder neue Brillengläser nötig sind. Werden Menschen ohne Geld und Job immer weiter an den Rand gedrängt, wird ihnen auch der Raum, sich in die Gesellschaft einzubringen, genommen. Wir sind dann immer stärker gezwungen, aneinander vorbei zu leben. Verarmen die Menschen, verarmt auch die Demokratie.

Zusammen für eine sichere Zukunft

Schicksalsschläge wie Krankheit oder Jobverlust dürfen nicht zu einer existentiellen Belastung werden, die Menschen vom gesellschaftlichen Leben ausschließt. Frauen sollten nicht vorwiegend mit Kindern und der Betreuung alter und kranker Mitmenschen beschäftigt sein. Alle sind daher gefragt, sich einzubringen, wenn es um den Erhalt und Ausbau sozialer Sicherheit geht. Pflege muss als gesellschaftliche Aufgabe organisiert werden. Nur so kann unser geballtes Wissen in Umwelt-, Bildungs- oder Arbeitsfragen zum Wohle aller genutzt werden.



Im Betriebsrat

Maria Gluchman kümmert sich seit vierzehn Jahren um die Anliegen ihrer Kolleg*innen. Sie ist Betriebsrätin bei „Billa“.

Wieso wollten Sie damals Betriebsrätin werden?

Weil ich gerne für die Anliegen anderer Mitarbeiter*innen eintrete. Zum Beispiel für Mitarbeiter*innen, die sich selbst vielleicht nicht so trauen. Denen helfe ich gerne, das habe ich immer schon gerne gemacht.

Wieso „trauen“ Sie sich dann?

Ich bin kommunikativ und habe schon immer einen Gerechtigkeitssinn gehabt. Ich bin so erzogen worden, dass man respektvoll mit Menschen umgeht, und wenn einer Unterstützung braucht, dass ich mich anbiete und helfe.

Gerade waren Sie in einer Filiale unterwegs ...

Ich habe dort oft Termine bei den Mitarbeiter*innen, wenn es Anliegen oder Fragen zu klären gibt. Da komme ich gerne vorbei.

Gibt es typische Anliegen und Probleme der Mitarbeiter*innen?

Es gibt kein „Muster“. Es gibt alles von „Meine Tochter heiratet – wie viele Tage bekomme ich frei?“ bis zu „Wie schaut’s aus mit

dem Dienstplan“, es ist alles da.

Wieso vertrauen die Beschäftigten ihren Betriebsrät*innen?

Weil wir den Mitarbeiter*innen auf anderer Ebene begegnen und es keine Hierarchie gibt – sondern ich bin für sie da.

Wieso braucht es Betriebsrät*innen?

Weil sie das Sprachrohr der Mitarbeiter*innen sind, die sich selbst nicht unbedingt eine Rechtsberatung leisten können. Das ist eine der wichtigen Institutionen für Beschäftigte – neben Gewerkschaften und Arbeiterkammer, die für die Mitarbeiter*innen da sind.

Wieso ist es wichtig, Kollektivverträge zu haben?

Weil Kollektivverträge auf Branchenebene den Lohn für alle Angestellten sichern. Nicht alle Betriebe haben Betriebsräte. Verhandlungen „auf Betriebsebene zu stärken“ ist daher nichts für die Allgemeinheit – gerade die ohne Vertretung vor Ort würden dadurch nämlich geschwächt. Auf betrieblicher Ebene kann man ja zusätzliche Verbesserungen erwirken, das ist ja nicht verboten.



Ich
brauch' *'*
Freunde



Du
brauchst
Freunde



„Wir gemeinsam“ von der österreichischen Armutskonferenz

Dort, wo der Sozialstaat geschwächt und abgebaut wurde, sind viele Menschen stärker vom Abstieg in die Armut bedroht. Dieses Erkenntnis hat die Armutskonferenz bei ihrer Kampagne „Wir gemeinsam“ angeleitet. Nimmt man neben Einkommen auch Konsum und Vermögen in den Blick, dann zerfällt die österreichische Mitte in einen Teil mit und einen Teil ohne Reserven. Die Angehörigen von Letzterem leben so lange in relativem sozialen Wohlstand, solange es Systeme zum sozialen Ausgleich gibt. Entzieht man hingegen dem Sozialstaat sein Fundament, dann kann es für diese Menschen relativ schnell sehr eng werden. Soziale Einschnitte können jeden treffen, sei es durch Krankheit oder einen Jobverlust. Als Netzwerk sozialer Hilfsorganisationen möchte die österreichische Armutskonferenz genau darauf aufmerksam machen.

Judith Pühringer von „arbeit plus“ ist mit ihrem Netzwerk von sozialen Unternehmen Mitglied der Armutskonferenz. Sie macht auf einen Zusammenhang aufmerksam, der zwar wissenschaftlich gut erforscht ist, aber in der Öffentlichkeit wenig Beachtung

findet: Soziale Sicherheit bringt auch große Arbeitsproduktivität mit sich. Das mag auf den ersten Blick nicht selbsterklärend sein, findet aber im Alltag der Betroffenen seine Entsprechung: „Wenn Menschen ihre Existenz gut abgesichert haben, dann können sie überhaupt erst darüber nachdenken, Arbeit aufzunehmen, und sich mit Fragen von Mobilität und Kinderbetreuung beschäftigen“, erklärt Pühringer.

Wer dagegen jeden Tag bangen muss, ob er oder sie sich das Notwendigste leisten kann, hat dafür keine inneren Ressourcen frei. Dann lassen sich auch wenig Mut und Selbstvertrauen entwickeln, um positiv in die Zukunft zu blicken. Ein gut ausgebauter Sozialstaat ist – so bringt es Judith Pühringer auf den Punkt – in Wirklichkeit eine Grundvoraussetzung.

Judith Pühringer ist Geschäftsführerin von arbeit plus. Die Betriebswirtin und Arbeitsmarktexpertin leitet den landesweiten Zusammenschluss von 200 gemeinnützigen, arbeitsmarktpolitischen Unternehmen – darunter Cafés, Radwerkstätten, Frauenberatungsstellen und Handwerksbetriebe. Hier finden Menschen nach langjähriger Arbeitslosigkeit wieder Beschäftigung. Die öffentlich geförderten Angebote unterstützen Menschen mit Beeinträchtigungen, Mädchen und Frauen, Jugendliche, ältere Menschen, Migrant*innen, Personen mit Suchterkrankungen und Haftentlassene.

3. Demokratie braucht eine faire Wirtschaft

Demokratie braucht auch in der Wirtschaft ihren Platz. Nur im Miteinander können die Interessen von Wirtschaft und Gesellschaft einen gerechten Ausgleich finden.

In einer lebendigen Demokratie ist die Wirtschaft vielfältig

Die heimische Wirtschaft besteht aus öffentlichen, privaten, sozialen und nicht gewinnorientierten Unternehmen. Kleinere und mittelgroße Unternehmen (KMUs) machen ganze 99,7 Prozent der österreichischen Unternehmen aus. Von ihnen hängt ein guter Teil des österreichischen Wohlstands ab. Darunter finden sich einige solidarisch organisierte Initiativen, Genossenschaften und gemeinwohlorientierte Unternehmen. Auch innerhalb der Betriebe hat Demokratie in Österreich Tradition: Es gibt zehntausende Betriebsrät*innen in Österreich, die Demokratie im Betrieb sicherstellen. Auch tragen Frauen – und Männer – mit ihrer unbezahlten, produktiven Arbeit in Haushalt und Gesellschaft viel zur Wirtschaft bei.

Wer Politik im Interesse weniger Großunternehmen macht, schadet der Demokratie

Manche Regierungen nehmen auf einige große Firmen und Parteispender*innen besondere Rücksicht. Sie unterstützen z.B. den Abschluss oder Start von EU-Handels- und Investitionsabkommen, die Konzernen immer mehr Rechte geben, aber keine Pflichten auferlegen. Beim Trockenlegen von Steuersümpfen dagegen stehen sie auf der Bremse. So kommen immer mehr kleine Betriebe und die solidarischen, nicht gewinnorientierten Unternehmen unter die Räder. Öffentliche Unternehmen kommen durch Kürzungsprogramme und Auslagerungen unter Druck. Deshalb brauchen wir Spielregeln für eine faire Wirtschaft, die eine gerechte Verteilung ermöglicht und die Umwelt schützt. Wir müssen soziale Ungleichheiten beseitigen und Entwicklungen wie die Digitalisierung zum Wohle aller gestalten.



Zusammen für eine demokratische Wirtschaft

Die Vormachtstellung einiger weniger transnationaler Konzerne und deren Einfluss auf die Regierungen muss beendet werden, damit unsere Wirtschaft der ganzen Gesellschaft nützt. Auch die Rechte und Mitbestimmungsmöglichkeiten von Arbeitnehmer*innen müssen ausgebaut und abgesichert werden. Dafür braucht es neue Spielregeln, die jene belohnen, die im Inte-

resse des Gemeinwohls wirtschaften, statt jene, die nur auf den höchsten Profit schauen. Das erfordert auf allen Ebenen Strukturen und einen gesetzlichen Rahmen, der solidarisches Wirtschaften und kleinere sowie öffentliche Unternehmen fördert statt benachteiligt. Ebenso braucht es den Ausbau demokratischer Entscheidungsstrukturen in Unternehmen und die Entwicklung neuer Modelle von gemeinwohlorientierter Zusammenarbeit.

Herz & Rübe

Hinter einer unscheinbaren Metalltüre verbirgt sich mitten in der österreichischen Bundeshauptstadt ein Warenlager der ganz besonderen Art: Die FoodCoop „Herz & Rübe“ ist eine Einkaufsgemeinschaft für Bewohner*innen aus der ganzen Stadt. Sie organisieren Beschaffung, Lagerung und Ausgabe der Nahrungsmittel. Gründungsmitglied Daniel Schlögl gibt während der wöchentlichen Warenausgabe Auskunft über die „FoodCoop“.

Wie ist „Herz & Rübe“ entstanden?

Die ersten Interessent*innen haben sich im Sommer 2015 das erste Mal getroffen und mit tatkräftiger Unterstützung einiger „Besserinformierter“ (unter anderem Studierende der Wiener Universität für Bodenkultur) die ersten Kontakte zu Bauern aufgenommen. Dann kam im Spätherbst die Vereinsgründung und es ging ans „Locationsuchen“.

Wie viele Leute versorgen sich über „Herz & Rübe“?

Im letzten Frühling waren wir bei knapp 40 Menschen, was für die Kostendeckung unserer Lagermiete nicht ausreicht. Mittlerweile sind wir aber über 60. Mit steigender Anzahl steigt auch die Herausforderung der guten Einbindung aller Mitglieder.

Was ist der Vorteil daran, Teil einer „FoodCoop“ zu sein?

Lebensmittelqualität und Speisereisen, also Besuche bei den Produzent*innen. Echtes

Wissen, wo's herkommt und wie's gemacht wird. Und ein nicht zu unterschätzender Aspekt: die Vernetzung von gleichgesinnten Menschen aus einem Grätzl und damit eine soziale Komponente. Und als Mitglied kann ich 24/7 in unser Lager und mir Essen und Trinken holen – und ich hol's mir um's Eck und zu Fuß! Und die Stimmung im Lager ist positiver als im Supermarkt. Es bleibt nichts von den Lebensmitteln übrig und verdirbt oder muss weggeworfen werden!

Wie viele Lieferant*innen habt ihr?

Unsere Lieferant*innen-Anzahl beläuft sich aktuell auf 30. Regelmäßig bestellt wird bei circa 15 bis 20. Die anderen Produzent*innen haben längere Bestell-Zyklen. Der Vorteil ist: der Bezug von Artikeln, die wir allesamt gemeinsam ausgewählt haben. Das heißt, es gibt keine Produkte, die keiner will. Wir pflegen den direkten Kontakt mit Produzent*innen und können dadurch auch Rückmeldungen geben.





Anders Handeln – Rechte für Menschen, Regeln für Konzerne

„Apple, zahl deine Steuern! Zahl deine Steuern.“ Die Parole der Demonstration in der Wiener Kärntner Straße im Frühjahr 2018 ist unüberhörbar. Der internationale Hersteller von Smartphones, Hard- und Software hat seit kurzem auch einen eigenen „Flagshipstore“ in Österreich. Die Eröffnung der Österreich-Filiale war dabei längst nicht von allen so heiß ersehnt, wie es uns teure Werbespots und schickes Design vorgaukeln wollen.

Die Wienerin Nicole war an jenem kühlen Februartag zwar selbst auch gerade zum Einkaufen unterwegs, als sie an der lauten Menschenmenge vorbeikam. Die Anliegen der Protestierenden versteht sie aber gut, und sie hat sich spontan dazugestellt. „Ich zahl auf mein Gehalt Steuern, meine Trafik zahlt Steuern auf jedes Heft, das ich mir dort kauf. Aber die reichsten internationalen Konzerne können sich an uns blödverdienen, ohne irgendetwas beizutragen zum Beispiel zu den Straßen und der ganzen öffentlichen Infrastruktur, die sie ja selber mitverwenden.“

An der Demonstration waren Mitglieder verschiedenster Organisationen beteiligt: die entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisation „Südwind“ und Mitglieder von Attac, der internationalen Bewegung für eine demokratische und sozial gerechte Ge-

staltung der globalen Wirtschaft. Sie finden unter dem Kampagnen-Motto „Anders Handeln“ deutliche Worte: Es brauche „Rechte für Menschen und Regeln für Konzerne“, so die Devise des Zusammenschlusses. Mit dabei sind Umweltorganisationen, Gewerkschaften und Arbeitnehmer*innen-Verbände.

Solche Aktionen sind ein wichtiges Werkzeug der Zivilgesellschaft, um im gesellschaftlichen Interesse laut zu sein – und auch zu den Menschen durchzudringen. „Ich hab’s am Abend dann noch im Fernsehen gesehen, und auch ein Stück von meinem Anorak war im Bild“, erzählt Konsumkritikerin Nicole. Die Devise „Menschen vor Profite“ findet sie verständlich und sie gehört im eigenen Freund*innenkreis auch zu den schärfsten Kritiker*innen jener heiß diskutierten internationalen Handelsabkommen, die Konsument*innenrechte, Umweltschutz und Arbeitsgesetze unter Druck bringen. Dass der geplante Handelsvertrag „TTIP“ auf Eis gelegt wurde, freut auch Nicole. Aber damit ist noch längst nicht alles getan. Gute Arbeit, gutes Essen und gutes Klima für alle sind weitere Stichworte für die Plattform „Anders Handeln“. Dafür braucht es einen Kurswechsel in der europäischen Handelspolitik: Weg von Geheimverhandlungen und unfairen Wirtschaftsregeln zum Vorteil einiger weniger.

4. Demokratie heißt mitgestalten können

Die Beteiligung aller Menschen ist ein wichtiges Werkzeug der Demokratie. Sie lebt davon, dass alle, die in Österreich leben, mitreden und mitgestalten können.

Eine lebendige Demokratie beruht auf kritischer Auseinandersetzung

Keine und keiner von uns kann sich alleine helfen. Deshalb arbeiten wir in Job, Alltag und Politik zusammen. Lebendige Demokratie fußt darauf, dass wir Meinungsverschiedenheiten friedlich ausräumen. Wenn nötig, hart in der Sache, aber immer fair im Umgang. Was Betriebsrät*innen, Vertreter*innen von Menschen mit Behinderungen, Gemeinderät*innen und Schulsprecher*innen eint: Sie vertreten die gesellschaftlichen Interessen und Bedürfnisse von Menschen und agieren in deren Namen.

Wer Kritik nicht zulässt und Mitgestaltung einschränkt, schadet der Demokratie

Unsere demokratischen Verfahren beruhen darauf, dass viele Stimmen in Entscheidungsfindungen eingebunden werden. Immer öfter wird der Raum für Beteiligung und Mitbestimmung eingeschränkt. So leben und arbeiten in Österreich immer mehr Menschen, die aufgrund ihrer Herkunft sogar vom Wahlrecht ausgeschlossen werden.

Die demokratische Kultur kommt aber auch unter Druck, wenn immer öfter Gesetze ohne

die nötigen Diskussionen erarbeitet und beschlossen werden. Kurze Fristen verhindern, dass Vereine und Interessensvertretungen ihre Argumente einbringen können. Der Ausschluss der Sozialpartner*innen vom Verhandlungstisch schwächt den Interessenausgleich. Vertreter*innen von Beschäftigten und Wirtschaftstreibenden sind gerade in schwierigen Angelegenheiten mit der Sozialpartnerschaft jahrzehntelang gut gefahren. Anstatt auf Basis dieser positiven Erfahrungen mit Gewerkschaften, Arbeiterkammer, Wirtschaftstreibenden und NGOs zusammenzuarbeiten, werden immer öfter ausschließlich die Wünsche größerer Unternehmen und von Konzernen berücksichtigt. Auch eine Verdrängung von Arbeitnehmer*innen und ihren Vertretungen, z.B. aus der Sozialversicherung und der Nationalbank, bringt unsere Demokratie in eine Schieflage.

Zusammen für mehr demokratische Teilhabe

Sozialpartner*innen, Gewerkschaften, die vielen NGOs (z.B. in Sachen Kultur, Menschenrechte, Umwelt, Pflege und Gesundheit) und Bürger*inneninitiativen vertreten wichtige Interessen der Bevölkerung und gesellschaftliche Anliegen.



Sie alle haben sich während der vergangenen Jahrzehnte stark und erfolgreich für den Ausbau und Erhalt von Grundrechten und die Verbesserungen unserer Lebensgrundlagen eingesetzt.

Mehr denn je braucht es jetzt diese – und noch viele weitere – starken Stimmen für neue Formen der Mitsprache und Mitbestimmung. Alle Menschen, die hier leben und arbeiten, sollen ihre demokratischen

Rechte und ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen können – auch jene ohne österreichische Staatsbürger*innen-schaft. Für eine ausgewogene Budget- und Wirtschaftspolitik und die Bewältigung der verheerenden Klimaveränderung müssen wir gemeinsam den wachsenden Einfluss von Konzern- und Finanzlobbys zurückdrängen. Nur so können wir in einer globalen Wirtschaft unser individuelles und gemeinsames Wohlergehen sichern.

Die Pass-Egal-Wahl

Weit mehr als eine Million Menschen in Österreich sind von der Beteiligung an Nationalrats- und Landtagswahlen ausgeschlossen, weil sie den „falschen“ Pass haben. Deshalb gibt es die Initiative „Pass-Egal-Wahl“, wie Organisator Alexander Pollak von „SOS Mitmensch“ erklärt.

Worin lag der Ansporn, die Pass-Egal-Wahl zu entwickeln?

Demokratie tut dieser Ausschluss von immer mehr Menschen von Beteiligung nicht gut. Daher wollten wir eine Aktion starten, die dieses Problem aufgreift und Menschen die Möglichkeit gibt, zumindest symbolisch ihre Stimme abzugeben. Wir waren dann selbst überrascht, wie tief es Menschen berührt hat, dass sie – teilweise zum ersten Mal in ihrem Leben – ein ausgefülltes Stimmkuvert in die von uns bereitgestellten Wahlurnen werfen konnten.

Bei der Nationalratswahl 2017 habt ihr in sechs Städten „alternativ“ gewählt.

Wie ist das abgelaufen?

Wir haben Kooperationspartner*innen gesucht und größtenteils gefunden. Die Begeisterung, eine Pass-Egal-Wahl nicht nur in Wien, sondern endlich auch in Graz, Linz, Salzburg, Innsbruck und Klagenfurt zu machen, war groß. Insgesamt haben fast 1.900 Menschen ohne österreichischen Pass ihre Stimme in den bereitgestellten Wahlzelten und Wahllokalen abgegeben. Hinzu kamen hunderte Solidaritätsstimmen von Menschen mit österreichischer Staatsbürger*innenschaft. Insgesamt beteiligten sich Menschen mit Pässen von mehr als 70 Ländern von allen Kontinenten dieser Erde.

In der österreichischen Bundeshauptstadt sind an die 30 Prozent der Bewohner*innen von der politischen Teilhabe ausgeschlossen ...

Wir erleben einen immer dramatischeren Demokratieausschluss. Viele Menschen, die hier geboren und aufgewachsen sind, haben keine Möglichkeit der Einbürgerung, weil sie oder ihre Eltern nicht ausreichend Geld verdienen und daher das strenge und ausgrenzende Mindestlohnkriterium nicht erfüllen. Es findet ein sozialer Ausschluss statt, der an das frühere Zensuswahlrecht erinnert, als nur wohlhabende Menschen wählen durften.

Wieso ist es für eine lebendige Demokratie so wichtig, dass auch an der Wahlurne möglichst viele Bewohner*innen mitbestimmen können?

Demokratie lebt von Beteiligung. Nur Beteiligung schafft Zugehörigkeit und nur Beteiligung verleiht Menschen im wahrsten Sinne des Wortes eine Stimme. Ziel sollte sein, unsere Demokratie für die Menschen zu öffnen, die hier leben, und die Menschen, die hier leben, für unsere Demokratie zu öffnen.



© SOS Mitmensch und Daniel Dutkowski



Betriebsrät*innen, Gewerkschaften und Arbeiterkammer

In der Firma, in der Branche und im ganzen Land sind Österreichs Angestellte und Arbeiter*innen gut vertreten. Damit die Interessen von Arbeitnehmer*innen gewahrt werden, braucht es Betriebsrat, Gewerkschaft und Arbeiterkammer.

*Die Betriebsrät*innen*

Im betrieblichen Miteinander stehen die gewählten Betriebsrät*innen an der Seite der Beschäftigten. Sie erteilen direkt im Unternehmen arbeitsrechtliche Auskünfte, können Betriebsvereinbarungen abschließen, Betriebsversammlungen organisieren und sorgen dafür, dass die Bedürfnisse der Beschäftigten in die Kollektivvertragsverhandlungen einfließen.

Die Gewerkschaften

Alle Arbeitnehmer*innen in Österreich können der für sie zuständigen Gewerkschaft beitreten. Wo die Arbeiterkammer Beschäftigte gegenüber Staat und Politik vertritt, legen die ebenso überparteilichen Gewerkschaften den Schwerpunkt auf die jeweilige Branche. Sie verhandeln direkt mit den Arbeitgeber*innen um bessere Löhne und Verbesserungen für die ganze Branche. Ziel ist das Zustandekommen von möglichst günstigen Kollektivverträgen für die Arbeitnehmer*innen. Außerdem bilden die Gewerkschaften die Belegschaftsvertreter*innen aus und weiter, damit Betriebsrät*innen ihre Kolleg*innen in der Firma gut vertreten können.

Die Arbeiterkammer

Als Thinktank und Vertretung der Angestellten und Arbeiter*innen Österreichs leistet die Arbeiterkammer wichtige Arbeit: Bei Problemen bietet die Arbeiterkammer in allen neun Bundesländern kostenfreie Beratung und Vertretung bei arbeits- und sozialrechtlichen Fragen an. Im Interesse der Beschäftigten analysieren die Mitarbeiter*innen der Arbeiterkammer außerdem Gesetzesvorschläge. Verbraucher*innenschutz und Bildung gehören auch zu den Kernaufgaben der Arbeiterkammer. Dazu gibt es eigene Bibliotheken, Weiterbildungskurse und Stipendien. Arbeitnehmer*innen sind automatisch Mitglied bei der Arbeiterkammer ihres Bundeslandes. Von der Beitragsgrundlage für die Krankenversicherung werden automatisch 0,5 Prozent für die Arbeiterkammer abgezogen. Diese Arbeiterkammer-Umlage beträgt im Mittel sieben Euro pro Monat. Das ist viel weniger, als zum Beispiel eine Rechtschutzversicherung kostet.

5. Demokratie schützt alle gleich

Eine gefestigte Demokratie bietet allen Bewohner*innen gleichermaßen Schutz. Sie verfügt über eine gut arbeitende Verwaltung und ausreichend Mittel für die Justiz. Nur wo wir sicher sind, können wir uns auch zu Hause fühlen.

Eine lebendige Demokratie beruht auf einem gut ausgebauten Rechtsstaat

In den vergangenen Jahrzehnten wurde der Rechtsstaat in Österreich gut auf- und ausgebaut. Es gibt Grund- und Menschenrechte, die alle schützen sollen, die hier leben. Grundsätzlich können wir uns auf das Funktionieren von Verwaltung und Gerichten verlassen. Gut ausgebildete öffentlich Bedienstete, Richter*innen, Lehrer*innen, Pflegepersonal, Ärzt*innen und unzählige andere leisten in Österreich unschätzbare wertvolle Arbeit.

Wer Grundrechte angreift und den Rechtsstaat kaputtkürzt, schadet der Demokratie

Werden Ämter und Behörden an der Arbeit gehindert, nimmt unsere Demokratie großen Schaden. Werden Mittel und Personal der Justiz gekürzt oder nicht ausreichend aufgestockt, bleibt am Schreibtisch der Beamt*innen viel Arbeit liegen. Vor allem ohnehin benachteiligte Menschen erleben, dass Grundrechte und rechtsstaatliche Prinzipien verletzt werden. Das schadet letztlich uns allen und darf in einem demokratischen Rechtsstaat keinen Platz haben.

Der Ausbau von staatlichen Kontroll- und Überwachungsinstrumenten beschneidet unsere Freiheitsrechte und das Recht auf Privatsphäre. Es droht der „Gläserne Mensch“, vor dem sich zu Recht viele fürchten. Der Zugriff auf persönliche Daten muss auf das Notwendigste begrenzt bleiben und braucht verlässliche demokratische Kontrolle.

Zusammen für einen gut ausgebauten Rechtsstaat, der uns schützt

Großen gesellschaftlichen Veränderungen können wir in Österreich nur begegnen, wenn unsere Institutionen und das Rechtssystem verlässlich funktionieren. Das ist nur der Fall, wenn unsere Freiheitsrechte gewahrt bleiben und die Justiz über genügend Mittel verfügt. Wenn wir friedlich zusammenleben möchten, dürfen die Grundrechte der Menschen in einer Demokratie nicht angetastet werden. Wir müssen im Gegenteil Grundrechte ausbauen, Justiz und Verwaltung stärken und neue Regeln für das Zusammenleben entwickeln, um Rechtsextremismus einzudämmen, Gewalt gegen Frauen zu stoppen und auch geflüchteten Menschen Schutz zu gewähren.



Vereinigung der österreichischen Richterinnen und Richter

Die Vereinigung der österreichischen Richterinnen und Richter leistet einen entscheidenden Beitrag zur Rechtsstaatlichkeit. „Rechtspflege“ und richterliche Unabhängigkeit: Was zunächst trocken bis akademisch wirkt, hat ganz konkrete Auswirkungen auf den Alltag der Menschen in Österreich. Beim Einsatz für die „ideellen, materiellen und sozialen Interessen“ der Richter*innen geht es in letzter Konsequenz um den Rechtsstaat an sich. Sieht man sich die Kritikpunkte der Berufsvereinigung an, wird das schnell ersichtlich. Schon in den letzten Jahren erlebten die Angehörigen der Justiz einen Sparkurs, der zuletzt noch zusätzlich an Fahrt aufgenommen hat.

Als Präsidentin der Richtervereinigung verweist Sabine Matejka darauf, dass es zu immer mehr Krankenständen beim nicht-richterlichen Personal kommt. Darunter fallen zum Beispiel die Kanzleimitarbeiter*innen der Gerichte. Was geht, wurde während der vergangenen Jahre bereits ausgelagert. Aufgrund der belastenden Arbeitssituation kommt es immer öfter vor, dass Mitarbeiter*innen kündigen. Das ist im öffentlichen Dienst kein alltäglicher Vorgang.

Drunter geht's nicht

Während der vergangenen Monate hat Sabine Matejka sich wiederholt kritisch zu Wort gemeldet. Sei es in der Diskussion um die „Sicherungshaft“, wo sie vor Eingriffen in die Freiheitsrechte warnte. Oder eben in Sachen Sparkurs. Matejka betont, dass die Justiz einen gewissen Grundstock an Ressourcen jedenfalls benötigt, um verlässlich qualitätsvolle Arbeit zu leisten. Stehen aber immer weniger Schreibkräfte



zur Verfügung, könnten zum Beispiel Wochen vergehen, bis das Protokoll einer Gerichtsverhandlung abgetippt ist. Das ist kontraproduktiv. Schließlich haben auch Richter*innen die Details einer gerichtlichen Auseinandersetzung automatisch weniger präsent, je mehr Zeit zwischen zwei Verhandlungsterminen bereits verstrichen ist. Je aggressiver am Budget der Justiz geknappst wird, desto eher ergibt sich daraus auch eine Gefahr für die richterliche Unabhängigkeit – jedenfalls mittelbar.

Die Berufsvereinigung ist in Fachgruppen unterteilt, die Gesetze begutachten und Fortbildungen organisieren. Co-Vorsitzende im Bereich Grundrechte ist Mia Wittmann-Tiwald, Präsidentin des Wiener Handelsgerichts. Sie schließt sich Sabine Matejkas Kritik an den Kürzungen an und erinnert daran, dass wir einen Ruf zu verlieren haben: Seit Jahrzehnten nimmt Österreich zum Beispiel mit seinem absolut modern organisierten elektronischen Grundbuch eine internationale Vorreiterrolle ein.



„Haus Luise“ für wohnungslose Frauen mit ihren Kindern

Das „Muki“, wie die Mitarbeiter*innen es nennen, ist Anlaufstelle für wohnungslose Mütter und ihre Kinder in kritischen Lebenssituationen. Das kann nach einer Trennung mit Gewalterfahrung genauso sein wie wenn bei einer vorliegenden Suchterkrankung nicht mehr sichergestellt ist, dass eine Mutter und ihr Kind alleine zurechtkommen.

Leiterin Claudia Ferner ist seit Gründung des Heims in der Caritas-Einrichtung engagiert. Neun Jahre lang arbeitet sie schon im „Haus Luise“ und ist trotz der anspruchsvollen Tätigkeit noch kein bisschen berufsmüde geworden. „Bevor die Frauen zu uns kommen, haben sie meistens schon eine lange Leidensgeschichte hinter sich“, erzählt sie.

Claudia Ferner ist Pädagogin und leitet das Wiener „Haus Luise“. Schon zuvor war sie in einer Mutter-Kind-Anlaufstelle engagiert. Am Foto sieht man eine ihrer Kolleginnen in einem Beratungsgespräch.

Frauen kommen in existenziellen Krisensituationen ins „Muki“. Viele werden von anderen Sozialeinrichtungen hierher vermittelt. Zu Beginn des oft mehrmonatigen Aufenthalts steht immer ein Gespräch, in dem Klientin und Betreuerin die jeweilige Situation individuell analysieren und ihre Zusammenarbeit planen. Dann beziehen die Mütter Kleinwohnungen, die hier in

einem ganz normalen Wohnhaus untergebracht sind. Das ist für eine Krisenanlaufstelle untypisch, hat sich aber als gute Idee herausgestellt. Mütter und ihre Kinder finden hier ein Stück „Normalität“ und haben jederzeit jemanden zum Reden.

Das Büro im Haus ist rund um die Uhr besetzt. Gemeinsam kümmern sich Pädagog*innen, Sozialarbeiter*innen und derzeit ein Zivildienstler um das „Muki“, und wer hier arbeitet, ist auf jeden Fall ein Multitalent. Die Aufgaben der Betreuer*innen sind nämlich vielseitig und reichen vom persönlichen Beratungsgespräch über Hausaufgabenbetreuung bis hin zur Verwaltung von Spenden.

Ein neues Angebot im „Muki“ hat sich als sehr hilfreich erwiesen: die Möglichkeit, gemeinsames Spielen von Mutter und Kind auf Video aufzunehmen. Dann ist es oft ganz leicht, Probleme bei der Kinderbetreuung gemeinsam zu besprechen und Veränderungen einfach umzusetzen. „Manchmal braucht's gar nicht so viel“, freut sich Claudia Ferner über den gelungenen Ansatz.

6. Demokratie braucht unabhängige Information

Wir fühlen uns dort zu Hause, wo unsere Anliegen ernst genommen werden. Meinungs- und Pressefreiheit, Transparenz und öffentliche Kontrolle sind Grundlagen für ein demokratisches Miteinander.

Faktenbasierte Information ermöglicht gute Entscheidungen

In Österreich haben wir eine Reihe an Einrichtungen, um politisch, kulturell und sozial am Ball zu bleiben. Bibliotheken gehören dazu genauso wie ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk oder eine unabhängige Statistik. Die Entscheidungen von Abgeordneten, Regierungsmitgliedern und Behörden müssen ausreichend nachvollziehbar sein, weil ihre Beschlüsse direkten Einfluss auf unser Zusammenleben nehmen. Bildung zu offenen und kritikfähigen Menschen ist ein wesentlicher Bestandteil lebendiger Demokratie.

Wer Pressefreiheit einengt und Entscheidungen der öffentlichen Hand unter Verschluss hält, schadet der Demokratie

Eine lebendige Demokratie ist von einem lebhaften Meinungsaustausch geprägt. Der gerät in Gefahr, sobald politische Kommunikation wie eine Einbahnstraße nur noch in eine Richtung verläuft. Wenn kritische Berichterstattung über die Regierungspolitik unterdrückt wird und Journalist*innen nicht mehr ungehindert arbeiten können, fehlen den Menschen für ihre Meinungsbildung wichtige Informationen. Das ist auch

der Fall, wenn nur mehr jene Daten erhoben und veröffentlicht werden, die im Interesse der Regierung sind. Je mehr kritische Berichterstattung nur mehr von kleinen, unabhängigen Medien (die selbst von Kürzungen bedroht sind) geleistet wird, desto aufwändiger wird es, sich einen Überblick zu verschaffen. Starres Festhalten am umfassenden Amtsgeheimnis und das Fehlen eines Informationsfreiheitsgesetzes verschlimmern die Situation zusätzlich.

Zusammen für unabhängige Medien und Informationsfreiheit

In einer Welt, die immer unüberschaubarer wird, sind faktenbasierte öffentliche Diskussionen und verlässliche Informationen eine Grundvoraussetzung für demokratische Prozesse und eine lebendige Demokratie. Dafür braucht es einen finanziell und politisch unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, unabhängige Statistiken, Pressefreiheit und vielfältige Medien, deren Existenz gesichert ist. Bürger*innen müssen ebenso Zugang zu möglichst allen Dokumenten und Entscheidungen der Politik und Verwaltung haben. Nur so bleiben deren Arbeit und Angaben überprüfbar.



„Wir für den ORF“

Eine lebendige Demokratie braucht einen funktionierenden öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Dafür setzt sich die Initiative „Wir für den ORF“ ein, entstanden rund um die Diskussionen über ORF-interne Einsparungen, Regierungseinfluss und die angekündigte Kürzung oder Streichung der Rundfunkgebühr.

Einer der Initiatoren der zivilgesellschaftlichen Initiative ist der Autor und Musiker Gerhard Ruiss. Während der vergangenen Monate hat sich die Initiative gegen vermehrte Parteipolitik in den Aufsichtsratsgremien des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und die in Aussicht gestellte Kürzung oder gar Einstellung der Rundfunkgebühren gestellt. Ruiss findet deutliche Worte:

„Wenn der ORF seine Eigenfinanzierungsberechtigung verliert, wird er zum Staatsfunk. Die Regierung beschließt, welche Mittel er wofür erhält, und es ist mit seiner Unabhängigkeit vorbei. Aber man kann natürlich auch über seine Neustrukturierung und über gekürzte Geldmittel Abhängigkeiten schaffen.“

Zuletzt sei es zu einem neuen Verständnis von Medien gekommen, die vermehrt als Dienstleister verstanden würden – und es in Form von Gratiszeitungen und Internetmedien auch sind. Hier habe die letzte Regierung angesetzt. Ruiss führt den stark intensivierten Druck auf Journalist*innen, Redaktionen und Medien an, der nicht mehr „nur“ über direkte Intervention ausgeübt,

sondern auch öffentlich demonstriert worden sei. Zu denken ist dabei etwa an einen Vorsitzenden des ORF-Stiftungsrats, der dem beliebten Anchorman Armin Wolf ganz unverblümt eine „Auszeit“ nahegelegt hatte. Aber auch im Satirebereich habe man zuletzt keinen Spaß verstanden:

„Auswirkungen sind, wenn, wie zuletzt, der ORF einen Satz in einer Satire überpiepst, oder dass er sich in einer Sendung im Anschluss an ein Interview mit einem Satiriker von dessen Äußerungen distanziert.“

Gerade weil der ORF im hierzulande stark konzentrierten Medienmarkt eine bedeutende Rolle spielt, ist die Sicherung seiner Unabhängigkeit von so großem Wert. Das finden offensichtlich gar nicht wenige Bewohner*innen, die im Frühjahr bereits für den Erhalt eines unabhängigen Rundfunks demonstriert haben. Gerhard Ruiss bringt es trocken auf den Punkt: Der ORF sei „nicht dazu da, um Gewinne abzuwerfen, er ist dazu da, um die Grundversorgung mit Information, Kultur und Bildung zu garantieren.“

HERAUSGEBER: IG AUTORINNEN AUTOREN, 1070 WIEN.
GESTALTUNG: JANA FRANTAL, MARIA KÄNZLER
ILLUSTRATION: FRANCESCO GIOCOLELLA



**WIR
FÜR
DEN
ORF**



WIRFUERDENORF.AT



Forum Informationsfreiheit

Spätestens seit der Ibiza-Affäre im Frühjahr 2019 fragen sich viele Österreicher*innen: ist all das möglich, was FPÖ-Politiker im Video besprochen haben?

Können Parteien einfach am Rechnungshof vorbei Spenden annehmen, können Politiker*innen Einfluss auf Medien ausüben und beeinflussen, wer welche Staatsaufträge bekommt? Und das alles unbemerkt von den Bürger*innen?

„Das Handeln von Politik und Verwaltung muss endlich transparent werden. Bei der Parteienfinanzierung braucht es klare Regeln, echte Kontrolle und abschreckende Konsequenzen bei Verstößen“, sagt Mathias Huter vom Forum Informationsfreiheit (FOI). Als Reaktion auf Ibiza hat das FOI die Petition transparenzgesetz.at für eine saubere Politik gestartet.

Seit 2013 engagiert sich die Bürgerrechtsorganisation für ein Informationsfreiheitsgesetz. Österreich ist das letzte EU-Mitgliedsland, das seinen Bürger*innen kein Recht auf Zugang zu staatlichen Dokumenten einräumt.

Sogar im weltweiten Vergleich unter knapp 130 Ländern, die ihren Bürger*innen ein Recht auf Zugang zu staatlicher Information einräumen, liegt Österreich mit dem am wenigsten bürgerfreundlichen Gesetz seit Jahren an letzter Stelle.

Bei den Parteifinzen sieht es ebenso düster aus: Andernorts gibt es unabhängige Kontrollen, Straftatbestände bei Verstößen und detaillierte Offenlegungen der Finanzen vor der Wahl. Damit Bürger*innen wissen, wen sie wählen. Das fordert das FOI auch in Österreich. Bislang vergeblich.

Über das FOI-Portal FragDenStaat.at können Bürger*innen einfach Anfragen nach den Auskunftspflichtgesetzen an Verwaltungsbehörden stellen – und diese samt Antwort öffentlich machen. Wird Auskunft verweigert, zieht das FOI immer wieder vor Gericht, um so Transparenz durchzusetzen.

Denn die letzten Regierungsmehrheiten weigerten sich trotz gegenteiliger Versprechen, ein Bürgerrecht auf Information zu beschließen. Die Ibiza-Affäre hat klar gezeigt, dass es endlich umfassende Transparenz braucht.

7. Demokratie braucht Geschlechtergerechtigkeit

Demokratie gründet auf einer gleichberechtigten Mitbestimmung aller. Die Geschlechter müssen dazu in allen Lebensbereichen gleichgestellt und gleich vertreten sein.

Gleichberechtigung und tatsächliche Gleichstellung sind Grundsätze der österreichischen Verfassung

Seit langem kämpfen wir dafür, dass alle Geschlechter gleichermaßen ihren Platz haben und gleichberechtigt über Gesetze und gesellschaftliche Spielregeln mitentscheiden. Wir haben schon manches erreicht: Gleichberechtigung ist ein Grundsatz der österreichischen Verfassung. Die Regierung ist verpflichtet, die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern zu verwirklichen. Laut Gesetz haben heute alle Geschlechter die gleichen Möglichkeiten im Beruf und anderen Lebensbereichen.

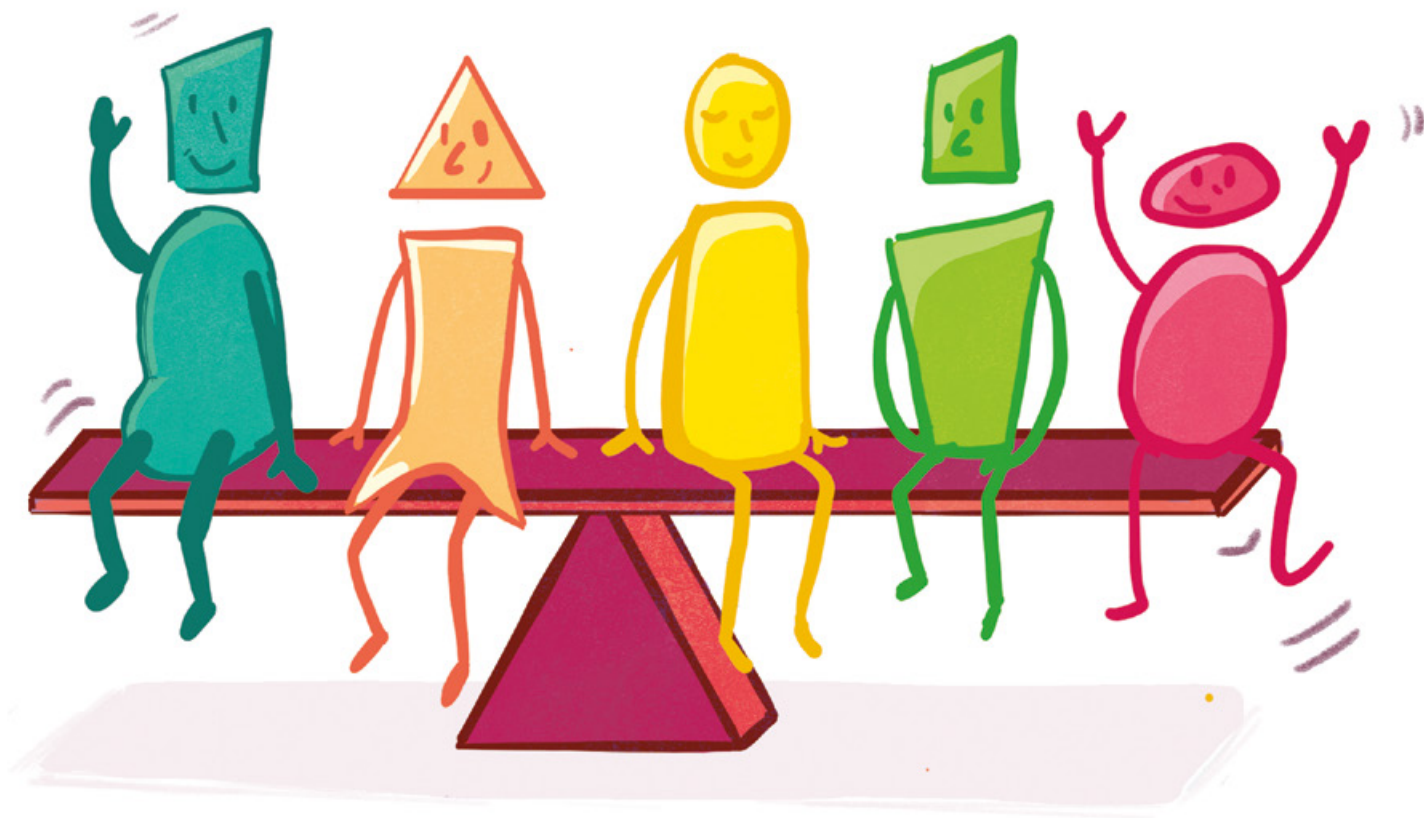
Wer sich der Geschlechtergerechtigkeit entgegenstellt, schadet der Demokratie

Frauen haben nach wie vor oft weniger persönlichen Spielraum für gesellschaftliches Engagement. Sie leisten weiterhin mehr unbezahlte Sorgearbeit, verdienen weniger im Job und sind viel öfter von Armut betroffen. Sozialkürzungen und ungerecht verteilte Familienleistungen – wie zum Beispiel eine fehlende Unterhaltsgarantie für Alleinerziehende und Kinder oder der

Familienbonus, den zumeist die besserverdienenden Väter bekommen – verschärfen diese Ungerechtigkeiten deutlich. Hass-Postings und sexualisierte Belästigung stellen zusätzliche Barrieren für Frauen dar. Obwohl sich viele davon nicht entmutigen lassen, kostet es Energie und Zeit. Gegen diese gezielten Behinderungen aktiver Frauen braucht es dringend wirksamere rechtliche Möglichkeiten.

Zusammen für die Umsetzung von Geschlechterdemokratie

Nur wenn alle Menschen sicher sind vor Übergriffen, Hassreden und Diskriminierung, wenn Einkommen und Besitz besser verteilt und alle wirtschaftlich unabhängig sind, können alle an der Gestaltung der Gesellschaft mitwirken. Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt sind Teil jeder Gesellschaft. Nur wenn Männer ihren Teil der Sorgearbeit übernehmen, haben alle gleich viel Zeit und Kraft, sich zu beteiligen. Es braucht daher politische und rechtliche Regeln und den Ausbau öffentlicher Investitionen und Leistungen, um die tatsächliche Gleichstellung aller Geschlechter endlich umzusetzen.



Frauen*volksbegehren

Ein politisches Grundsatzprogramm nennt Projektleiterin Lena Jäger das Frauen*volksbegehren. Gefordert hatte man unter anderem eine 30-Stunden-Woche, kostenlose Verhütung, Gewaltschutz und -prävention.

„Es legt völlig klar ein ganz anderes Menschen- und Gesellschaftsbild an den Tag als das, was wir haben“, erklärt die Campaignerin der ersten Stunde. Das klingt vielleicht erst einmal ganz schön radikal. Sieht man sich die konkreten Forderungen des Volksbegehrens an, dann finden sich darunter allerdings auch Bedingungen des Zusammenlebens, wie sie knapp 50 Prozent der Bewohner*innen von Österreich in vielen Lebensbereichen ganz selbstverständlich für sich beanspruchen können: Oder anders ausgedrückt: Wer würde schon offen dagegen eintreten, dass Armut bekämpft und Gewalt gegen Frauen* verhindert gehört?

Trotz weitgehend unterschiedlicher Vorstellungen von Geschlechterdemokratie und Gleichberechtigung habe man absichtlich mit der zum Zeitpunkt des Volksbegehrens amtierenden Bundesregierung verhandelt. Am Ende des Tages müssten demokratisch legitimierte Regierungsvertreter*innen schließlich die Möglichkeit bekommen, sich auch um die Hälfte der Bewohner*innen eines Landes verdient zu machen.

„Erst als ein gewisses Maß erreicht war, haben wir gesagt: Jetzt geht gar nichts mehr“, lässt Lena Jäger die Entwicklung Revue pas-

sieren. Sie spielt auf zahlreiche Kürzungen im Kultur- und Sozialbereich an, kritisiert aber auch die mehr als nur symbolisch wirksame Abschaffung der geschlechtergerechten Sprache innerhalb des Bundesheeres.

Mit Blick auf das innenpolitisch turbulente Jahr 2019 ist Lena Jäger sich nicht sicher, ob die letzten Regierungsbeschlüsse überhaupt schon in den Köpfen der Menschen angekommen sind. Vieles werde erst im kommenden Jahr wirksam und manche Entwicklungen seien noch nicht genauer absehbar.

Lena Jäger kritisiert auch die Behandlung des Frauen*volksbegehrens im Parlament. Knapp eine halbe Million Menschen hat das Volksbegehren unterzeichnet, was den Unterzeichner*innen im Parlament mit nicht mehr als dem gesetzlich vorgesehenen Mindestmaß an Beachtung gedankt wurde. Aber das Frauen*volksbegehren engagiert sich weiter. Es ist Teil der breiten Allianz „Kein Milimeter“ – eine Kampagne zum Schutz der reproduktiven Rechte von Frauen. Genau so wenig wolle man zurückweichen, wenn etwa das Recht auf Schwangerschaftsabbruch wieder vermehrt in Frage gestellt wird.



© Carl Dewald



Frauenhetz

Feminismus der ersten Stunde: Der Verein Frauenhetz liefert Bildung, Kultur, Politik, Forschung und Beratung.

In Zeiten von Brexit und Donald Trump geht in der Politik alles sehr schnell. So auch in Österreich. Ankündigung um Ankündigung flimmert über die Fernsehschirme und politische Diskussionen büßen ihre Lebendigkeit ein, wo es statt um die Wirkung vor allem um den kurzfristigen Effekt in der Öffentlichkeit geht. Dass mancher Kahlschlag zwar wie nebenbei angerichtet ist, seine Folgen aber möglicherweise auf Jahre hinaus wirksam bleiben könnten, droht dabei unterzugehen.

Um mehr als 150.000 Euro sind die Frauenförderungen alleine im Jahr 2018 gekürzt worden. Das bedeutet konkret, dass zum Beispiel dem Projekt „One Billion Rising“ für ein Ende der Gewalt an Frauen und Mädchen 5.500 Euro gestrichen worden sind. Dass das feministische Magazin an.schläge alle seine Förderungen verloren hat. Und für den feministischen Bildungsraum „Frauenhetz“ bedeutet es, dass ganze 12.000 Euro einfach nicht mehr zur Verfügung stehen.

Dabei zeigt ein schneller Blick auf das Veranstaltungsprogramm der „Frauenhetz“, wie wichtig die fast dreißig Jahre alte Einrichtung für das feministische Selbstver-

ständnis in einer lebendigen Demokratie ist: Bürogemeinschaft, Wissensraum, Diskussionsort: All diese Einsatzgebiete vereint die „Frauenhetz“. Zwischen Theorie und Praxis und ohne starre Begrenzung auf einzelne Themenbereiche werden ganz konkrete Fragen des Zusammenlebens diskutiert: „Inklusive Arbeitswelten“ heißt eine Veranstaltung rund um die Arbeitschancen von Frauen mit Behinderung.

Genauso nimmt sich die „Frauenhetz“ aber auch der Prekarisierung aller möglichen Lebensbereiche an, organisiert gut verständliche Einführungsveranstaltungen zum Thema und denkt immer praktisch: Wer nicht selbst vorbeischaun kann oder will, aber sich der „Frauenhetz“ dennoch in Ruhe nähern möchte, nimmt den Verein am besten beim Wort und surft im Internet auf „frauenhetz.jetzt“. Da gibt es neben detaillierten Informationen zu vergangenen und kommenden Veranstaltungen praktische Bücherempfehlungen zu lesen – und jenen Satz, der gerade angesichts widriger Umstände für Klarheit sorgt:

Emanzipatorische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit wirkt vorbeugend gegen Gewalt und Ausbeutung.

IV

Handeln
für eine
lebendige
Demokratie

Viele Staaten sind heute autoritärer verfasst als noch vor wenigen Jahren. Auch in Österreich geraten Grundrechte, soziale Gerechtigkeit und wichtige Institutionen in Bedrängnis. Mach mit und engagier dich aktiv für unsere lebendige Demokratie!

1. Sprich über unsere lebendige Demokratie und verbreite diesen Bericht!

Rede in Ruhe mit anderen über den Zustand unserer Demokratie. Erzähle anderen, wofür es sich lohnt zu kämpfen. Verbreite diesen Bericht, organisiere Veranstaltungen und Diskussionen rund um das Thema lebendige Demokratie! Je eher Leute davon erfahren, desto besser können sie sich für eine lebendige Demokratie einsetzen.

2. Überprüfe Schlagzeilen und Behauptungen!

Es ist wichtig, dass wir als Gesellschaft über eine gemeinsame Diskussionsbasis verfügen. Allgemein anerkannte Fakten sind eine unbedingte Voraussetzung dafür. Nur mit klaren Bezugspunkten können wir in unserer Demokratie Kompromisse aushandeln. Lass dich von reißerischen Schlagzeilen oder schnellen Urteilen nicht in die Irre führen und überprüfe Behauptungen, bevor du sie teilst.

3. Unterstütze Petitionen!

Ein erster und einfacher Schritt sich für oder gegen eine politische Initiative auszusprechen, ist, Petitionen zu unterstützen. Viele Organisationen nutzen dieses Instrument, um Menschen diese Möglichkeit zu geben. Es gibt mehrere Plattformen wo Menschen eigenständig Petitionen für ihren wichtige Anliegen initiieren können.

4. Schreib Leser*innenbriefe!

Die eigene Meinung als Leser*innenbrief zu formulieren, ist eine weitere Möglichkeit. Denn mit Leser*innenbriefen trägst du zur Diskussion bei, musst dich aber keinen Anfeindungen aussetzen. Am ehesten werden diese abgedruckt, wenn sie sich auf einen konkreten, aktuellen Artikel eines Mediums beziehen, bildhaft und lebendig geschrieben und zugespitzt aber höflich formuliert sind.

5. Stelle Fragen!

Bürger*innenbeteiligung, zivilgesellschaftliches Engagement und demokratische Kontrolle erfordern Zugang zu Informationen, die beim Staat liegen. Die Online-Plattform FragDenStaat.at schafft Öffentlichkeit und hilft dabei, Druck für mehr Transparenz aufzubauen: Mit Anfrage-Vorlagen kannst du binnen weniger Minuten rechtsgültige, gerichtlich durchsetzbare Anfragen stellen. Mit einem Knopfdruck hilfst du der Demokratie auf die Sprünge: So geschehen im Mai 2015: Da erreichte das Forum Informationsfreiheit die Veröffentlichung der Eurofighter-Gegengeschäfte.

6. Geh demonstrieren!

Ob globale Klimakatastrophe, bessere Bezahlung von Pflegekräften oder unmenschliche Asylpolitik in deiner Gemeinde: Trau dich, für deine Anliegen auf die Straße zu gehen! Probiere aus, dich für die gemeinsame Sache unter Gleichgesinnte zu mischen und stärke dich im gemeinsamen Protest mit anderen.

7. Tu dich mit anderen zusammen!

Organisiere ein Treffen in deinem Umfeld und diskutiere über Demokratie! Organisiere eine Veranstaltung in deinem Ort oder Bezirk oder eine Kundgebung für ein dir wichtiges Anliegen – Beispiele gibt es dafür schon viele, etwa die Donnerstagsdemos oder #zusammenHalt in Niederösterreich. So kannst du ganz einfach Öffentlichkeit für das Thema lebendige Demokratie oder andere wichtige Themen schaffen. Ganz nach dem Motto „Gutes tun und darüber reden“ kannst du dich dafür mit Journalist*innen von unterschiedlichen Medien (vom Bezirksblatt über den ORF bis hin zu Unternehmensmagazinen etc.) in Verbindung setzen und über dein Anliegen berichten – egal, ob es um eine spontane Kampagne oder ein landesweites Thema geht, das du aufgreifen willst.

8. Werde Mitglied einer bestehenden Organisation!

Es gibt viele Organisationen und Bewegungen, die sich für wichtige Anliegen und eine lebendige Demokratie engagieren. Tritt einer zivilgesellschaftlichen Organisation, Gewerkschaft oder Partei bei oder engagiere dich bei einer sozialen Bewegung! Engagier dich auch in diesen Organisationen für eine lebendige demokratische Kultur! Informiere dich über die politischen Parteien und ihr Programm. Sie organisieren viele Veranstaltungen, bei denen man „reinschnuppern“ kann.

9. Unterstütze Organisationen und Bewegungen mit einer Spende!

Bewegungen und Organisationen brauchen Geld. Wenn viele Menschen einen kleinen Beitrag leisten, kann damit ein großer Effekt erzielt werden. Gemeinsames Engage-

ment ist wirksam, und es braucht auch die entsprechende Organisation – und die kostet auch Geld, egal ob es dabei um Raummieten oder das Drucken von Flyern geht. Gemeinsam lässt sich schon mit wenigen Mitteln einiges auf die Beine stellen. Daher ist auch eine kleine Spende ein wichtiger Beitrag.

10. Nimm deine Mitbestimmungsrechte wahr und fordere mehr davon!

Es gibt unzählige Instrumente, die du nützen kannst, um dich demokratisch einzubringen: bei Wahlen, im Betrieb und Betriebsrat, bezüglich der Informationspflicht politischer Behörden oder auf Gemeindeebene bei öffentlichen Gemeinderatssitzungen. Nutze deine demokratischen Rechte und fordere mehr davon ein – es steht dir zu!

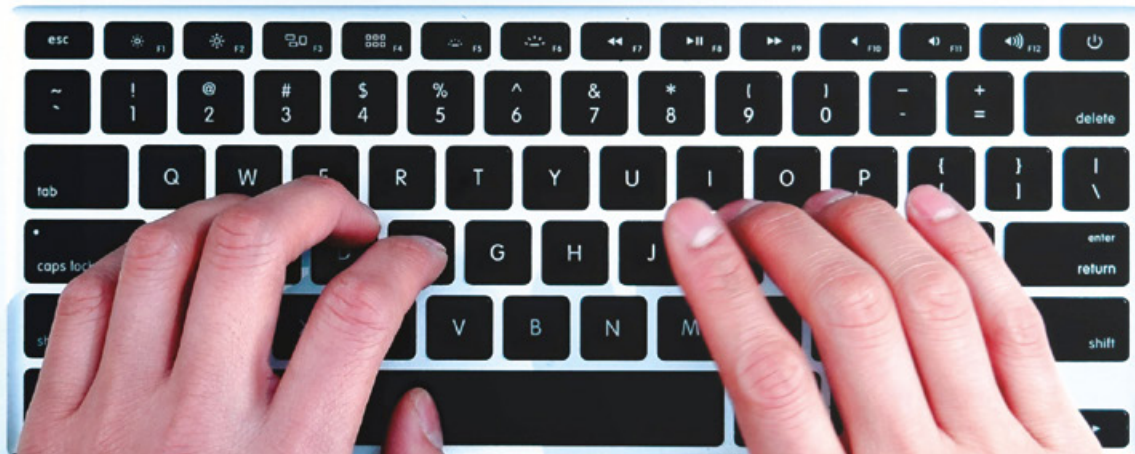
11. Verteidige wichtige Institutionen!

Der Umbau des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und der Sozialversicherung, das Kürzen bei Institutionen von Rechtsstaat, Arbeitnehmer*inneneinrichtungen und Bildungssystem, das Streichen der Förderung für engagierte Vereine sind zentrale Mechanismen der Einschränkung einer lebendigen Demokratie. Wir stehen vor der Herausforderung, diese Institutionen zu verteidigen und in unserem Sinne aus- oder umzubauen. Dafür müssen wir uns verbünden, vernetzen und gemeinsam einsetzen. Mitstreiter*innen findet man oft dort, wo man sie am wenigsten erwartet. Dabei kann es hilfreich sein, die eigene Komfortzone oder „Bubble“ zu verlassen und sich an bisher unbekanntem Orten um Verbündete zu bemühen. Nutze Job, Familie, Hobbys und deine Nachbarschaft für dieses so wichtige Anliegen!

Kommuniziere verantwortungsvoll!

Unsere Sprache bestimmt darüber, wie wir miteinander umgehen. Sie kann Mut spenden oder einschüchtern. Wenn du deine Worte bewusst setzt, hilfst du damit auch unserer Demokratie! Was du in Sozialen Medien schreibst, kann sich schnell weiterverbreiten. Teil deshalb nur Inhalte, die du so auch auf einer Bühne sagen würdest! Gerade bei umkämpften Themen ist entscheidend, wer die öffentliche Kommunikation dazu steuert. Bedenke, dass die großen

Social-Media-Plattformen internationalen Großkonzernen gehören, die mit ihren Algorithmen die Verbreitung deiner Botschaft kontrollieren – und ihre Services jederzeit beliebig einschränken und sogar einstellen können. Besonders bei zivilem Widerstand ist es wichtig, Ende-zu-Ende-verschlüsselt zu kommunizieren. Und wenn wir mächtige Institutionen herausfordern, können wir uns nicht auf Dienste verlassen, die nur dem Handel mit persönlichen Daten dienen. Nur Freie Software erlaubt unabhängige Kontrolle und Korrektur. Deswegen ist letztlich nur sie vertrauenswürdig.





Sei kreativ!

Trau dich, neue Aktionsformen auszuprobieren. Sei mutig in deinem Protest, ob alleine oder mit anderen gemeinsam. Ob im Internet, auf der Straße oder am Arbeitsplatz. Es gibt unzählige Formen, deinen Unmut auszudrücken und deine Stimme für eine lebendige Demokratie zu erheben – nutze sie!

Du bist nicht alleine!

Wenn du von einem politischen Vorhaben erfährst, das dich beunruhigt, erinnere dich daran: „Ich bin damit nicht alleine!“ Es gibt viele, manchmal tausende andere, die so denken wie du. Und du kannst sie dazu bewegen, etwas zu tun, indem du die erste Person bist, die ihre Stimme erhebt. Das Internet ist dabei ein wichtiger Verbündeter.

Zusammenarbeit ist wirkungsvoll!

Manches Vorhaben wirkt zu Beginn übermächtig und nicht bewältigbar. Mach dir darüber erst einmal keine Sorgen und fang klein an. Sobald du Verbündete angesprochen hast, werden dir andere helfen. Ihr könnt euch Arbeit aufteilen: Personen, Gruppen und Initiativen setzen einzelne Arbeitspakete um und sorgen dafür, dass viele verschiedene Leute sinnvoll an einem Strang ziehen. Jeder größere Erfolg, jede demokratische Neuerung wurzelt in einer Idee. Es liegt an dir und uns allen, daraus im Namen unserer lebendigen Demokratie Großes entstehen zu lassen! Lass dich nicht entmutigen, wenn etwas nicht sofort klappt – Engagement braucht Ausdauer!



Werkzeuge für lebendige Demokratie

Viele Menschen und Organisationen haben Informationen und Erfahrungen für gesellschaftliches Handeln zusammengetragen oder Instrumente entwickelt, die allen zugänglich sind.

Hier sind diese Informationen gesammelt auffindbar:
www.solidaritaetspakt.org/demokratielebt



www.solidaritaetspakt.org

IMPRESSUM

Medieninhaber, Eigentümer und Verleger:

Attac Österreich - Netzwerk für eine demokratische Kontrolle der Finanzmärkte

Margaretenstraße 166, A-1050 Wien

Illustration: Veronika Götz

Layout: Andreas Kuffner

Mit freundlicher
Unterstützung der

PRO-GE
DIE PRODUKTIONSGEWERKSCHAFT

#demokratielebt

von DIR



SOLIDARITÄTSPAKT